

# Postdemokratie, Geschlechterdemokratie, Direkte Demokratie. Vom Ende des Paternalismus in der politischen Kultur

Barbara Holland-Cunz

In der demokratietheoretischen Diskussion der vergangenen Jahre gibt es kaum einen Begriff, der eine vergleichbar prominente Karriere gemacht hat wie der Begriff der „Postdemokratie“ – keine einschlägige Tagung, kein demokratiebezogener Kongress, kein Podium, kein Panel, keine Anhörung für eine ideengeschichtliche Professur, keine Antrittsvorlesung, ja nicht einmal eine Lehrveranstaltung, die sich aktuellen Fragen der Demokratieentwicklung widmet, kommt ohne das strittige Konzept „Postdemokratie“ aus. Offensichtlich fängt der Begriff eine Diagnose, eine Stimmung und eine Emotion in der politischen Kultur demokratischer Staaten ein, die sich mit Erfahrungen demokratiepolitischer AkteurInnen und Beobachtungen demokratietheoretisch engagierter ExpertInnen zu decken scheinen. Begriff und Konzept können, so legt ihre erstaunliche Allgegenwart nahe, den politisch-kulturellen Zeitgeist angemessen bezeichnen.

## 1. Die postdemokratische Diagnose

Die internationale Begriffskarriere des mit zahlreichen Bedeutungsebenen hoch aufgeladenen Konzepts „Postdemokratie“ verbindet sich in erster Linie mit dem Namen *Colin Crouch*. Dessen in deutscher Übersetzung seit 2008 vorliegender Essay basiert auf einem Vortrag von 2000, der dann ausgearbeitet zunächst in italienischer Sprache, mit hoher Aufmerksamkeit 2004 bei Polity Press und mit der hierzulande üblichen Verzögerung schließlich vier Jahre später bei Suhrkamp publiziert wurde<sup>1</sup>.

Crouches Analyse des Zustands der Demokratie ist eine Provokation:

„Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vor-demokratische Zeiten: Der Einfluß privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.“<sup>2</sup>

1 C. Crouch, Postdemokratie, Frankfurt/Main 2008; zur Rekonstruktion der Vorläufer und ersten Etappen der Begriffsgeschichte vgl. H. Buchstein/F. Nullmeier, Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4, S. 16 (16).

2 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 13.

Die demokratische Oberfläche bleibt erstaunlich unberührt; Wahlen finden statt, Regierungen werden sogar abgewählt, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen engagieren sich<sup>3</sup>. Und dennoch ist die Demokratie beschädigt: Denn starke gegenläufige Trends sind gleichfalls vorhanden: PR-ExpertInnen inszenieren Wahlkämpfe und lassen sie zu einem „reinen Spektakel“ verkommen, die „Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“, „reale Politik“ wird „hinter verschlossenen Türen gemacht“<sup>4</sup>, auch Korruption, Kriminalität und Gewalt, Einwanderungsängste, regierungsamtliche Geheimhaltung, Lobbyismus, vielfältige Manipulationen der politischen Öffentlichkeit sowie die Personalisierung des Politischen haben beträchtlich zugenommen<sup>5</sup>. Nach einem gelungenen „Augenblick der Demokratie“, den Crouch immer wieder fast schon poetisch beschwört, machen sich „Langeweile, Frustration und Desillusionierung“ breit<sup>6</sup>.

Crouch skizziert ein Parabel-Modell<sup>7</sup>, bei dem dem erfolgreichen Aufstieg der Demokratie und ihrer historischen Blüte nun eine „Post“-Periode(n)“ folgt, in der alle formalen Merkmale der Demokratie zunächst überleben, längerfristig jedoch unter den Vorzeichen Desillusionierung, Gleichgültigkeit und Demokratiemüdigkeit erodieren und die Demokratie möglicherweise sogar zu vordemokratischen, hierarchischen Ordnungsmodellen zurückkehren lassen<sup>8</sup>. Wie unschwer zu erkennen ist, erinnern vor allem die auf die Öffentlichkeit bezogenen Hypothesen Crouchs an eine ältere Analyse über den Zustand der Demokratie – sie spiegeln nicht wenige Facetten des klassischen Werks von *Jürgen Habermas* über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ aus dem Jahre 1962<sup>9</sup>. Bereits Anfang der sechziger Jahre hat Habermas den Zerfall, die massenmediale Vermachtung und Manipulation, die inszenierte Herstellung und insbesondere die Feudalisierung der politischen Öffentlichkeit (voraus)gesehen, die Entmachtung der StaatsbürgerInnen inklusive. Es ist erstaunlich, dass weder Crouch selbst noch die AutorInnen der ersten größeren verschriftlichten Debatte im deutschsprachigen Raum<sup>10</sup> diesen augenfälligen Bezug thematisieren.

Crouchs Analyse geht in wichtigen Punkten, die näher an unserer demokratischen Gegenwart liegen, allerdings weit über Habermas hinaus, u.a. in Bezug auf

3 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 10, 24.

4 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 10.

5 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 18, 23, 26 f., 32 ff., 38.

6 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 30.

7 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 31.

8 Crouch, Postdemokratie, ebda., S. 33 f.

9 J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (1962), 17. Aufl. Darmstadt/Neuwied 1987.

10 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4 (vgl. zu den Einzelbeiträgen die Auflistung am Ende).

die Rolle der ökonomischen Globalisierung, der transnationalen Unternehmen und der engen Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft<sup>11</sup>. Auch werden neue Dimensionen einer Klassen- und Parteienanalyse diskutiert<sup>12</sup>. Crouchs Anliegen ist es dabei stets, die dem gegenwärtigen Zustand eigentümliche Mischung aus demokratischen, vor- und postdemokratischen Aspekten herauszuarbeiten. Bezogen auf die Parteien bedeutet dies etwa: Die traditionellen Aufgaben von Parteidienstleistungen und Massenintegration gehören zum demokratischen Modus, der zunehmend privilegierte Bezug auf Unternehmen und kommerzielle Interessen werden dem vordemokratischen Modell zugerechnet, Meinungsforschungs-Gläubigkeit und Expertokratie erscheinen als typisch postdemokratische Phänomene<sup>13</sup>.

Kapitalismus-kritische Überlegungen zur Kommerzialisierung, Kommodifizierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen schließen sich an. Crouch hat seine Kritik an diesen Entwicklungen, das möchte ich ausdrücklich betonen, zeitlich vor der weltweiten Finanz-Krise formuliert; er wendet sich gegen die fast dreißig Jahre sakrosanke Vorstellung, „den Markt zu einem absoluten Prinzip oder kategorischen Imperativ zu erheben“<sup>14</sup>. Der „neoliberalen Hegemonie“ entsprach die Chance der Wirtschaft, sich permanent in die Politik „einzumischen“<sup>15</sup>. In diesem Sinne lautet der abschließende postdemokratische Befund, „daß die wichtigste Ursache für den Niedergang der Demokratie heute in dem Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft besteht“. Politik wird „wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten“<sup>16</sup>.

Ich lasse *Colin Crouch* so ausführlich zu Wort kommen, weil kein anderer demokratietheoretischer Text in den vergangenen Jahren derart für Furore gesorgt und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erlangt hat. Crouchs Diagnose bewegt und polarisiert die Demokratietheorie und regt sie nachhaltig an. Dass die Finanzkrise die ubiquitäre Herrschaft der neoliberalen Ideologie mittlerweile höchst fragwürdig erscheinen lässt, gibt Crouch in einer Weise recht, die er nicht hat vorhersehen können. Die engen Verbindungen zwischen Politik und Ökonomie haben sich vielfältig bestätigt: Die politischen Deregulierungen der vergangenen Jahrzehnte ermöglichten erst den globalen Zusammenbruch; die finanzkapitalpolitischen Rettungsversuche durch demokratische Regierungen bleiben bis heute halbherzig; der anfänglich noch vernehmbare Ruf etwa nach der Einfüh-

11 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), zweites Kapitel.

12 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), drittes und viertes Kapitel.

13 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 99.

14 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 108.

15 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 125.

16 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 133 (beide Zitate).

rung der Tobin-Tax ist zunächst verstummt; neue Finanzkrisen unterschiedlichster Provenienz setzen sie aber heute neu auf die Agenda.

Der Niedergang der demokratischen politischen Kultur durch a) eine nur noch demokratisch erscheinende Oberfläche, b) das Wiedererstarken einer Eliten-Privilegierung, c) die Neoliberalisierung der Volkswirtschaften, d) professionelle Manipulationen der politischen Öffentlichkeit und e) die Ohnmacht der Zivilgesellschaft bezeichnen demokratiepolitische Negativtrends der Gegenwart, die eindeutig die klassische liberale repräsentative Demokratie treffen. Die zentrale Differenz zwischen nach außen noch scheinbar intakten demokratischen Verfahren und einer gleichsam inneren Aushöhlung der Demokratie muss selbst all jene beunruhigen, die die repräsentativdemokratischen Formen nicht für das Ende jeder demokratiepolitischen Entwicklung halten. Eine innere Aushöhlung des demokratischen Ideals bedroht alle VerfechterInnen der Demokratie, seien sie nun RepräsentativdemokratInnen oder ihre KritikerInnen.

## 2. Perspektiven gegen die Krise der Demokratie

*Colin Crouch* gibt seiner Kritik an der Repräsentation eine andere Stoßrichtung als die bekannten ideengeschichtlichen Klassiker. Er argumentiert weder wie *Jean-Jacques Rousseau* (1762) Mitte des 18. Jahrhunderts grundsätzlich gegen die repräsentative Demokratie und ihren parlamentarischen Betrug an der Volksouveränität, noch sorgt er sich wie *Alexis de Tocqueville* (1835/1840) und *John Stuart Mill* (1859) Mitte des 19. Jahrhunderts um die „Tyrannei der Mehrheit“, die demokratiepolitischen Fortschritt durch gesellschaftliche Konventionen verhindert. Crouchs Lösung sind dem entsprechend weder regelmäßige Vollversammlungen, in denen das versammelte Volk sich selbst regiert, noch exzentrische Einzelne, die ihre jeweilige Gesellschaft durch mutige Unkonventionalität und damit neue Impulse voranbringen.

Demokratietheoretisch betrachtet sind Crouchs Lösungsvorschläge sogar eher konventionell und passen nicht so recht zur Schärfe seiner Analyse. Crouch eröffnet seine abschließenden Thesen mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Dominanz der Unternehmens-Interessen zwar das wichtigste postdemokratische Problem sei, die „Abschaffung des Kapitalismus“ heute jedoch nicht (länger) als Option offenstehe<sup>17</sup>. Diese Einschätzung scheint Crouchs demokratietheoretische Phantasie zu beeinträchtigen. Unter der Überschrift „*Parteien und Wahlen sind immer noch wichtig*“ verweist er zumindest auf Vorschläge anderer, die Parteienfinanzierung direktdemokratisch zu regeln oder Bürgerversammlungen (als eine Mischung aus antiken, schweizerischen und angelsächsischen Traditionen) als

17 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 133.

temporäre Legislativen einzuführen<sup>18</sup>. Dagegen erscheinen Crouchs eigene Ratschläge – ein Plädoyer für die Stärkung kommunaler/regionaler Politik und der Gewerkschaften sowie der Hinweis, auf die Parteien müsse von außen Einfluss ausgeübt werden – gänzlich unoriginell<sup>19</sup>. Solche Empfehlungen bewegen sich vollständig im bekannten repräsentativdemokratischen Rahmen und lösen das diagnostizierte Problem von der erschreckenden Differenz zwischen Schein und Wirklichkeit der Demokratie ganz und gar nicht.

Doch Crouch endet überraschenderweise schließlich doch nicht gänzlich einfalls- und hoffnungslos. Ausgerechnet die feministische Bewegung ist ihm Anlass zu weiter reichenden Perspektiven. Die Mobilisierung neuer Identitäten, zu denen Crouch neben der feministischen auch die ökologische und die globalisierungskritische zählt, fungiert als Anstoß, „laut und deutlich Zutritt zu den Institutionen zu verlangen und damit die Welt der konventionellen postdemokratischen Kampagnenpolitik mit all ihren Inszenierungen und schrecklichen Phrasen zu stören“<sup>20</sup>. „Daß es im Inneren des *demos* immer einen Bereich der Kreativität und der Irritation gibt, ist für egalitaristische Demokraten die größte Hoffnung für die Zukunft.“<sup>21</sup> Crouch zufolge braucht demokratische Politik folglich „einen lebhaften, chaotischen und lauten Kontext von Bewegungen und Gruppen“ als „Nährboden, auf dem die vitale Demokratie der Zukunft entsteht“<sup>22</sup>. In dieser emphatischen Formulierung verbirgt sich die demokratiepolitisch korrekte Annahme, dass häufig erst die Verletzung politischer Verfahren und Konventionen ausreichende Aufmerksamkeit für Neues bei den herrschenden parteipolitischen und repräsentativdemokratischen Eliten erzeugt.

Crouchs Würdigung des Beitrags engagierter Frauen zur Vitalisierung der überkommenen Demokratieform ist zweifellos politisch erfreulich und wissenschaftlich angemessen; eine solche Würdigung findet sich im demokratietheoretischen Mainstream bis heute eher selten. Dennoch möchte ich einen Einwand formulieren. Crouchs Würdigung kommt ganz ohne jeden Bezug auf die feministischen Debatten zur Demokratietheorie<sup>23</sup> und ohne die Untersuchungen zur Partizipation von Frauen in sozialen Bewegungen von der Französischen Revo-

18 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 143; vgl. *dens.*, ebda., S. 144.

19 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 144 ff., 142.

20 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 148.

21 Ebda.; vgl. auch *dens.*, ebda., S. 80 ff.

22 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 153.

23 A. Phillips, Geschlecht und Demokratie, Hamburg 1995; B. Holland-Cunz, Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen 1998; S.K. Rosenberger/B. Sauer (Hrsg.), Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven, Wien 2004; B. Sauer, Direkte Demokratie und feministische Demokratietheorien. Schnittstellen und Problemzonen, in: H.K. Heußner/O. Jung (Hrsg.), Mehr direkte Demokratie wagen, 2. Aufl. München 2009, S. 55 ff.

lution bis heute aus<sup>24</sup> und trägt somit zur Marginalisierung feministischer Analysen der Erneuerung demokratischer Theorie und Praxis bei. Insbesondere die Kontroverse um die notwendigen Innovationen des demokratischen Institutionen-narrangements, ein breites Spektrum, das von *Anne Phillips'* gemäßigtem Vorschlag zur notwendigen Spiegelung der Bevölkerungsstruktur in den Repräsentationsorganen<sup>25</sup> bis zu *Iris Marion Youngs* radikalem Konzept einer Repräsentation unterdrückter Gruppen reicht<sup>26</sup>, findet bei Crouch keine Berücksichtigung, obgleich viele feministische Vorschläge zur Vitalisierung der postdemokratischen Misere mindestens ebenso geeignet wären wie jene, denen Crouch in seinem Essay Rechnung trägt.

Vor vielen Jahren hat *Halina Bendkowski* in den grünen Debatten um ein Demokratiekonzept, das auch feministische Kritiken umfassen soll(te), den Begriff „Geschlechterdemokratie“ geprägt. So problematisch er aus heutiger Sicht erscheint, da er demokratiepolitische Ungleichheiten jenseits des Geschlechts in der Wortwahl ausblendet, so steht er doch bis heute für die unerfüllten Ansprüche von Frauen, in der repräsentativen Demokratie als freie und gleiche BürgerInnen zu ihrem Recht zu gelangen. Das derzeit beliebte Argument, die Existenz einer Bundeskanzlerin erledige selbstverständlich alle feministischen Ansprüche, sorgt für großen Unmut unter frauenpolitischen AktivistInnen. Die allgemeinen Fakten sprechen eine andere Sprache: Seit mehreren Legislaturperioden stagniert der Frauenanteil im Deutschen Bundestag bei knapp einem Drittel der Abgeordneten, politische Öffentlichkeit und Kultur sind noch immer so sexistisch, dass Sprache, Habitus und Entscheidungen weiblicher PolitikerInnen mit anderen Maßstäben bewertet werden als jene von männlichen. Auch wenn die albernen Diskussionen um Angela Merkels Frisur mittlerweile verstummt sind, bleibt die mediale Präsentation von Politikerinnen quantitativ unterrepräsentiert und qualitativ deutlich stärker auf das Private bezogen als bei ihren männlichen Kollegen. Die allseits bekannten Faktoren gesellschaftlicher Ungleichheit tragen ebenfalls dazu bei, die politischen Partizipationschancen von Frauen zu verringern: die nach wie vor bestehende eklatante Lohnungleichheit, die schlechteren Berufschancen trotz höherer und besserer Schul- und Studienabschlüsse, die noch immer bestehende Hauptverantwortlichkeit für die Haus-, Erziehungs- und Famili-

24 B. Holland-Cunz, Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt/M. 2003; B. Hoecker (Hrsg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen 2006.

25 Phillips, Geschlecht (Fn. 23).

26 I.M. Young, Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus, in: H. Nagl-Docekal/H. Pauer-Studer (Hrsg.), Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik, Frankfurt/M. 1993, S. 267 ff.; dies., Fünf Formen der Unterdrückung, in: H. Nagl-Docekal/H. Pauer-Studer (Hrsg.), Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität, Frankfurt/M. 1996, S. 99 ff.

enarbeit, das Ausmaß privater Gewalt, der äußerst geringe Frauenanteil in den Führungspositionen von Wirtschaft und Wissenschaft. *Beate Hoecker* und *Gesine Fuchs* haben im „magischen Dreieck“ festgehalten, wie stark die institutionellen (z.B. Wahlrecht), sozioökonomischen (z.B. Frauenerwerbsbeteiligung) und politisch-kulturellen Faktoren (z.B. geschlechterpolitische Einstellungen) bei den Partizipationschancen von Frauen zusammenwirken<sup>27</sup>. „Geschlechterdemokratie“ bleibt also ein programmatisches Konzept, das seiner Realisierung harrt.

Crouchs Würdigung geschlechterdemokratischer bzw. feministischer Ansprüche in der postdemokratischen Gesellschaft trifft einen aktuellen Kern demokratietheoretischer Überlegungen. Die unkonventionellen Protestformen, die u.a. die feministische Bewegung in über zweihundert Jahren entwickelt hat und die zunächst Ausdruck politischer Ohnmacht und der Nichteinlösung der Versprechen der Französischen Revolution waren, dokumentieren die traditionellen Schwächen der repräsentativen Demokratie. Ihr Versprechen auf Teilhabe wird bestenfalls indirekt eingelöst, und ihre grundlegende Orientierung hin auf die Ergebnisse des politischen Prozesses an Stelle einer Orientierung an gerechten Verfahren, die möglichst inklusiv auf die Beteiligung aller BürgerInnen setzen, ist von Beginn an das Kernproblem. Das klassische Argument, Massendemokratien erlaubten rein prozedural keine direktdemokratischen Verfahren, hat in der Geschichte der Demokratieentwicklung seit 1789 immer wieder und immer stärker dazu geführt, dass ein Paternalismus der Eliten als bessere bzw. gar einzige praktikable Lösung erschien. „Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit“ wurden selbst von den Französischen Revolutionären, zumal in der Phase des Terrors, keineswegs so wörtlich genommen, wie sie im Gründungsdokument der modernen Demokratie formuliert worden sind. Die Uninformiertheit, Rückständigkeit und Vorurteilsbeladenheit des „Volkes“ galt und gilt bis heute als zentrales Argument, unmittelbare Beteiligungsformen allenfalls sporadisch zuzulassen. Die politikkritischen Kompetenzen der protestierenden AktivbürgerInnenschaft werden aktuell gar in Gestalt des Schreckgespenstes des so genannten „Wutbürgers“ verunglimpft. Crouchs postdemokratische Diagnose und seine Würdigung der Zivilgesellschaft treffen demnach nicht nur eine modische, zeitgeistige Stimmung der politischen Kultur, sondern legen die Fundamente eines eklatanten demokratie-politischen Problems der Moderne offen – der demokratietheoretischen und -politischen Relation zwischen Regierung und Regierten, der Frage nach der Verwirklichung volkssouveräner Selbstregierung. Die aktuelle Krise der Demokratie, die die Diagnose von der Postdemokratie so griffig auf den Begriff bringt, ist bereits in der Struktur der modernen Demokratieidee vor gut 200 Jahren angelegt.

27 B. Hoecker/G. Fuchs (Hrsg.), Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten, Wiesbaden 2004.

### 3. Beiträge zur Postdemokratie-Debatte in Deutschland

Zeitlich genau in der Mitte zwischen der englischsprachigen Publikation 2004 und dem Erscheinungsstermin von Crouchs Essay im deutschsprachigen Raum 2008 angesiedelt, hat das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen unter dem Titel „Postdemokratie. Ein neuer Diskurs?“ das Pro und Kontra der Debatte hierzulande präsentiert<sup>28</sup>. Im Editorial beschreiben die Herausgeber des Heftes treffend, wie dieser damals noch vergleichsweise neue, gleichsam heiße Begriff sich in die allgemeineren Erfahrungen Politischer TheoretikerInnen mit schillernden Begriffsschöpfungen seit 1989 einreicht: Wie „Zivilgesellschaft“, „Governance“ oder „Wissensgesellschaft“ ist auch „Postdemokratie“ ein umkämpfter Begriff, der „starke bewertende Urteile“ ausdrückt<sup>29</sup> – oder besser gesagt solche Urteile vielleicht gar erst provoziert. Die AutorInnen des Heftschwerpunktes sind sich dem entsprechend höchst uneinig. *Emanuel Richter* betrachtet den Begriff Postdemokratie mit größter Skepsis und attestiert ihm eine eigenartige Zäsur-Vorliebe; die Transformation vom demokratischen zum postdemokratischen Zeitalter ignoriere in politisch bedenklicher Weise sowohl die stark demokratischen Tendenzen der Gegenwart als auch die Auffassung der Demokratie als eines stets unabgeschlossenen Projekts<sup>30</sup>. Dagegen argumentiert *Dirk Jörke* für die analytische Brauchbarkeit des Begriffs, der seiner Meinung nach die Chance bietet, aktuelle Pathologien demokratischer Systeme wie etwa die zunehmende Distanz bildungsferner Schichten zur Demokratie scharf zu kennzeichnen<sup>31</sup>. *Karsten Fischer* bezieht sich auf die nicht unproblematische Rolle zahlloser nicht-staatlicher Akteure in der Demokratie und endet deshalb mit dem Plädoyer für eine notwendige Stärkung des Staates heute<sup>32</sup>. In einem nicht immer nachvollziehbaren Beitrag schließlich gelangt *Ingolfur Blühdorn* zu dem Fazit, dass in „drei historisch aufeinander folgenden“ Idealtypen der direkten Demokratie die repräsentative und dieser die „simulative“ Demokratie nachfolge<sup>33</sup>. Im Unterschied zu diesem Befund verweisen Richter und Jörke ausdrücklich auf die Ak-

28 Vgl. oben Fn. 10.

29 *H. Buchstein u.a.*, Postdemokratie: Ein neuer Diskurs? Editorial, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4, S. 2 (3).

30 *E. Richter*, Das Analysemuster der „Postdemokratie“. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4, S. 23 ff.

31 *D. Jörke*, Warum „Postdemokratie“?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4, S. 38 ff.

32 *K. Fischer*, Die jüngste Versuchung der Demokratie. „Postdemokratie“ und Politik-Netzwerke, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4, S. 47 ff.

33 *I. Blühdorn*, billig will Ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (2006), H. 4, S. 72 (81).

tualität von direktdemokratischen bzw. mehr-demokratischen Partizipationsansprüchen in „postdemokratischen“ gesellschaftlichen Verhältnissen<sup>34</sup>.

Die Debatte im Forschungsjournal „Neue Soziale Bewegungen“ ist in mehrfacher Hinsicht exemplarisch, da hier a) der jüngere Mainstream der deutschen Politischen Theorie (s)eine erste Zwischenbilanz zum international rezipierten Konzept formuliert und sich dabei weitgehend selbstreferenziell verhält, b) klassische und akute direktdemokratische kaum eine sowie c) seit über 200 Jahren lautstark artikulierte geschlechterdemokratische Formen von Theorie und Praxis keine Rolle spielen. Der konventionelle Charakter der Beiträge zeigt sich insbesondere darin, dass sie – ausgerechnet im Unterschied zu Colin Crouch selbst – weder die naheliegenden geschlechterdemokratischen noch die zwingenden direktdemokratischen Implikationen postdemokratischer Diagnosen weiter reichend einzubeziehen für nötig halten. Eine explizite Würdigung der feministisch-demokratischen Ansprüche, die Crouch mehrfach hervorhebt, findet im Heft nicht statt; mit der Forderung nach Beteiligungsformen jenseits der Repräsentation gehen die Beiträge bestenfalls illustrativ um; alle scheinen im engen Raum der eigenen politiktheoretischen Bezugsgruppe stecken zu bleiben. Da Crouchs Text bewusst offensive politische Dimensionen hat, ist eine solche Rezeption ein wenig dürfzig.

Zu Beginn des Jahres 2011 erhält die Postdemokratie-Debatte erneut politische und politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit – durch die Präsentation in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, der weit verbreiteten Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Die teilweise prominenten BeiträgerInnen, allen voran Chantal Mouffe und Axel Honneth, nutzen allerdings die ausdrücklich mit einem Fragezeichen versehene Heftüberschrift „Postdemokratie?“ in erster Linie zur Präsentation bereits bekannter eigener Positionen, die nun unter das postdemokratische Vorzeichen nur neu rubriziert werden. So vermerkt beispielsweise Chantal Mouffe mit Bezug auf ihre prominenten Thesen zum Politischen, dass die Volksparteien mit ihrer Negation kontroverser, „agonistischer“ Positionen zu einer erheblichen Entpolitisierung beigetragen haben, die ein wichtiger Bestandteil des postdemokratischen bzw. postpolitischen Zustands sei<sup>35</sup>. Petra Böhnke kommt der Verdienst zu, mit aktuellen Daten noch einmal den allseits bekannten Zusammenhang zwischen schlechter sozialer Lage und geringer politischer Teilhabe empirisch zu untermauern<sup>36</sup>. Birgit Sauer schließlich stellt zu Recht die

34 Richter, Analysemuster (Fn. 30), S. 26; Jörke, Postdemokratie (Fn. 31), S. 43.

35 C. Mouffe, „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 3 ff.; Bezugnahme auf dies., Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt/M. 2007; vgl. auch P. Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 5 ff.

36 P. Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 18 ff.

Frage, ob es den von Colin Crouch gefeierten, der Postdemokratie voraus gegangenen „Augenblick der Demokratie“ für Frauen eigentlich jemals gegeben hat<sup>37</sup>.

#### 4. *Vom Ende des Paternalismus in der demokratischen politischen Kultur*

Colin Crouchs Ausgangsthese, die Demokratie befindet sich gegenwärtig „in einer höchst paradoxen Situation“<sup>38</sup>, ist für DirektdemokratInnen unmittelbar relevant: Einerseits ist die weltweite Akzeptanz zumindest formaldemokratischer Grundmuster so hoch wie nie zuvor, andererseits täuscht die politische Inszenierung in repräsentativen Demokratien über den realen Verlust von Teilhabebedürfnissen hinweg. Zugleich beobachten wir in zahlreichen demokratischen wie autoritären Staaten massive Formen des Protests: Vom arabischen Frühling bis zu den Jugendkrawallen in London, von der chinesischen Opposition bis zu Stuttgart 21 und der „occupy“-Bewegung reichen die demokratiepolitischen Turbulenzen, denen sich die Regierenden gegenüber sehen und denen sie auf vollkommen unterschiedliche Arten begegnen. Wasserwerfer und Hausarreste sind noch die freundlichsten, ungefährlichsten Antworten, mit denen Regierte zu rechnen haben. Der grundlegende Konsens der Moderne, dass die Demokratie als wohlwollende paternalistische Repräsentation des Volkes zu funktionieren habe, scheint aufgekündigt zu sein. So wie Frauen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts darauf bestanden haben, lieber selbst politisch entscheiden zu wollen, statt von vermeintlich wohlmeinenden Patriarchen zu ihrem weiblichen Besten regiert zu werden, so bestehen BürgerInnen heute darauf, lieber selbst zu entscheiden, statt von ihren wohl gesinnten VolksvertreterInnen zu scheinbar besten Lösungen alternativlos gezwungen zu werden. Dass politische Selbstbestimmung, *echte Selbstregierung*, nicht zwingend zu optimalen Ergebnissen führt, ist eine Banalität – doch der Wert, Entscheidungen selbst herbeigeführt zu haben, ist demokratietheoretisch der höherrangige Wert. Pointiert gesagt: Demokratietheoretisch schlägt die Input-Orientierung noch immer die Output-Perspektive.

So liegen die zweifellos größten Nutzeneffekte direktdemokratischer Verfahren im Moment der *Verfahrensgerechtigkeit* selbst und in den erheblichen Chancen des politischen Diskurses, die mit direktdemokratischen Entscheidungen *im Vorfeld* verbunden sind. Die Repolitisierung der politischen Öffentlichkeit für kontroverse Themen – ganz im Sinne Chantal Mouffes – bietet Minderheiten und marginalisierten Mehrheiten die Möglichkeit, für ihre Anliegen offensiv zu werben. Bruno S. Frey nennt dies mit einem passenden Begriff den „prozeduralen

37 B. Sauer, Die Allgegenwart der „Androkratie“: feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 33 (33).

38 Crouch, Postdemokratie (Fn. 1), S. 7.

Nutzen“ der Direktdemokratie<sup>39</sup>. Der gesellschaftspolitische Prozess vor einer Sachabstimmung ist mindestens ebenso bedeutsam wie die unmittelbare Mitentscheidungschance und die nachweislich hohe Akzeptanz des Ergebnisses selbst bei jenen, die die Abstimmung verloren haben. Die Direktdemokratie hat deshalb entscheidende Verfahrensvorteile gegenüber der Repräsentativdemokratie, Vorteile, die demokratietheoretisch und -politisch sehr viel stärker ins Gewicht fallen als die potenzielle Vernünftigkeit kollektiv getroffener Entscheidungen selbst.

Der zuweilen fast hochmütige Paternalismus von RepräsentativdemokratInnen gegenüber Frauen, Armen, Bildungsfernen und/oder im Staatsgebiet lebenden Nicht-StaatsbürgerInnen, aber auch gegenüber dem Staatsvolk in seiner heterogenen Gesamtheit oder gegenüber KritikerInnen einzelner Entscheidungen (wie etwa den GegnerInnen von Stuttgart 21) hat nicht unweentlich zur akuten postdemokratischen Lage beigetragen; Repräsentativdemokratien provozieren postdemokratische Problemlagen. Die traditionelle Vorstellung, von BerufspolitikerInnen getroffene Entscheidungen seien informierter, professioneller und sachgerechter als von BürgerInnen abgestimmte, ist seit der so genannten Partizipatorischen Revolution seit Ende der 1960er Jahre inhaltlich ins Wanken geraten: Die „Frauenfrage“, die „ökologische Frage“ oder die zahllosen Fragen internationaler Gerechtigkeit wurden *nicht* von der repräsentativen Berufspolitik auf die politische Agenda gesetzt, sondern von engagierten BürgerInnen, die mit der Performance ihrer Regierungen zunehmend höchst unzufrieden waren. Dass all diese Fragen mittlerweile im Mainstream des Politikbetriebes bearbeitet werden, darf nicht vergessen machen, dass dieser zu ihrer Bearbeitung erst lautstark gezwungen werden musste. Geschlechterdemokratische und direktdemokratische Politikformen und -ideale wirken nachhaltig gegen postdemokratische Frustrationen.

Solange die repräsentative Demokratie noch Wohlstandsversprechen zu formulieren und bedingt einzulösen in der Lage war, konnte politischer Unmut noch zeitlich und örtlich begrenzt befriedet und kanalisiert werden; seit die klassischen Wohlfahrtsstaaten jedoch ökonomisch unter globalen Druck geraten sind, scheint dieser Mechanismus zu versagen. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Debatte um die Postdemokratie in den vergangenen Jahren eine derart große Aufmerksamkeit erfahren hat. Wenn die paternalistische Verwaltung und Inszenierung der Demokratie vor aller Augen fadenscheinig wird, kann Inklusion über ökonomische Integration nicht mehr gelingen. Die ursprünglichen demokratischen Versprechen kehren in die demokratische Arena zurück. Genau dies beobachten wir derzeit. Die Geduld der AktivbürgerInnenschaft mit paternalistischem Regiert- bzw. Repräsentiert-Werden ist ebenso am Ende wie der Glaube an die überlegene Vernunft der Regierenden. *Isaiah Berlin* hat in seiner berühm-

39 B.S. Frey, Glückliche Demokraten. Ein Gespräch über Glück und Demokratie. Von Rolf App, in: Thurgauer Zeitung, 30. Juli 2011, S. 9 (9).

ten Vorlesung zur Freiheitstheorie 1958 mit Bezug auf Kant das Problem unübertroffen formuliert: „Paternalismus ist der schlimmste Despotismus“<sup>40</sup>.

## Literatur

Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2/2011, 3. Januar 2011, Postdemokratie?

*Berlin, Isaiah:* Zwei Freiheitsbegriffe (1958), in: ders.: Freiheit. Vier Versuche, Frankfurt/Main 2006, S. 197-256.

*Blühdorn, Ingolfur:* billig will Ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, S. 72-83.

*Böhnke, Petra:* Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2/2011, 3. Januar 2011, S. 18-25.

*Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank:* Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, S. 16-22.

*Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank/Klein, Ansgar/Rohwerder, Jan:* Postdemokratie: Ein neuer Diskurs? Editorial, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, S. 2-5.

*Crouch, Colin:* Postdemokratie, Frankfurt/Main 2008.

*Fischer, Karsten:* Die jüngste Versuchung der Demokratie. „Postdemokratie“ und Politik-Netzwerke, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, S. 47-57.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, Themen-schwerpunkt: Postdemokratie. Ein neuer Diskurs.

*Frey, Bruno S.:* Glückliche Demokraten. Ein Gespräch über Glück und Demokratie. Von Rolf App, in: Thurgauer Zeitung, 30. Juli 2011, S. 9.

*Habermas, Jürgen:* Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (1962), 17. Aufl. Darmstadt/Neuwied 1987.

*Hoecker, Beate (Hrsg.):* Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen 2006.

*Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hrsg.):* Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten, Wiesbaden 2004.

*Holland-Cunz, Barbara:* Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Op-laden 1998.

40 *I. Berlin, Zwei Freiheitsbegriffe (1958)*, in: ders.: Freiheit. Vier Versuche, Frankfurt/M. 2006, S. 197 (217).

*Holland-Cunz, Barbara:* Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt/Main 2003.

*Jörke, Dirk:* Warum „Postdemokratie“?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, S. 38-46.

*Mill, John Stuart:* Über die Freiheit (1859), mit Anhang und Nachwort hrsg. v. Manfred Schlenke, Stuttgart 2006.

*Mouffe, Chantal:* Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion (2005), Frankfurt/Main 2007.

*Mouffe, Chantal:* „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2/2011, 3. Januar 2011, S. 3-5.

*Nolte, Paul:* Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2/2011, 3. Januar 2011, S. 5-12.

*Phillips, Anne:* Geschlecht und Demokratie (1991), Hamburg 1995.

*Richter, Emanuel:* Das Analysemuster der „Postdemokratie“. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4, Dezember 2006, S. 23-37.

Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven, Wien 2004.

*Rousseau, Jean-Jacques:* Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts (1762), hrsg. v. Hans Brockard, Stuttgart 1986, durchgesehene und ergänzte Aufl.

*Sauer, Birgit:* Direkte Demokratie und feministische Demokratietheorien. Schnittstellen und Problemzonen, in: Hermann K. Heußner/Otmar Jung (Hrsg.): Mehr direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte/Praxis/Vorschläge, 2. Aufl. München 2009, S. 55-67.

*Sauer, Birgit:* Die Allgegenwart der „Androkratie“: feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2/2011, 3. Januar 2011, S. 33-37.

*Tocqueville, Alexis de:* Über die Demokratie in Amerika (1835/1840), hrsg. v. J.P. Mayer, Stuttgart 1994.

*Young, Iris Marion:* Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgersstatus, in: Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.): Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik, Frankfurt/Main 1993, S. 267-304.

*Young, Iris Marion:* Fünf Formen der Unterdrückung, in: Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität, Frankfurt/Main 1996, S. 99-139.

